

15. Zollsystem

Warentransport über die tschechische Grenze

Ab dem ersten Tag der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der EU (vor zehn Jahren) schaffte die tschechische Zollbehörde die routinemäßigen Zollkontrollen von Waren, die die nun interne Grenze überschreiten, d. h. die gemeinsame Grenze zwischen Tschechien und anderen EU-Mitgliedstaaten, ab.

Da die Tschechische Republik keinerlei externe EU-Grenze (Grenze mit einem Nicht-EU-Mitgliedstaat) hat, finden die routinemäßigen Zollkontrollen von Waren zu Zoll- und Steuerzwecken normalerweise an internationalen Flughäfen statt.

Es ist zu beachten, dass diese Kontrollen nicht die Flüge zwischen Flughäfen innerhalb des EU-Gebietes betreffen. Seitdem die Tschechische Republik ein Teil des Schengen-Gebietes wurde, sind die durch die Tschechische Polizei routinemäßig durchgeführten Pass- und Visakontrollen von Personen, welche die nationale Grenze überschreiten, an den Grenzen abgeschafft worden (außer bei Flügen aus den bzw. in die Nicht-Schengen-Staaten).

Jeglicher Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten (einschließlich des neuen Mitgliedstaats Kroatien, der der EU in 2013 beitrug) wird als innergemeinschaftlicher Handel angesehen, der keinerlei routinemäßigen Zollkontrollen, Abgaben oder anderen Gebühren in Bezug auf Import/Export unterliegt. Waren können frei über die internen EU-Grenzen ausgeführt werden.

Zollgesetz

Zollverfahren betreffen Ware, die von/nach Nicht-EU-Mitgliedstaaten exportiert wird. Das Zollverfahren wird hauptsächlich vom EU-Zollgesetz bestimmt. Der Zollkodex der Gemeinschaften wurde durch den Zollkodex der Europäischen Union ersetzt. Seine Bestimmungen gelten ab dem 1. Mai 2016. Die Veränderung beeinflusste auch die Durchführungsvorschriften zu der Verordnung. Die wichtigsten zollrechtliche Vorschriften umfassen:

1. Verordnung (EU) Nr. **952/2013** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union.
2. Kommissionsverordnung (EU) Nr. **2015/2446** vom 28. Juli 2015 ergänzt die Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf detaillierte Bestimmungen über bestimmte Vorschriften des Zollkodex der Union (der sogenannte delegierte Rechtsakt) .
3. Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/2447 vom 24. November 2015 mit Durchführungsbestimmungen für bestimmte Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union (das sogenannte Umsetzungs-gesetz)

Für die Zollbefreiungen soll die unten genannte Verordnung berücksichtigt werden:

4. Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates vom 16. November 2009 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen.

Das wichtigste Gesetz über den Zollarif ist:

5. Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zollarif, in seiner geänderten Fassung.
6. Durchführungsverordnung (EU) 2016/1821 der Kommission vom 6. Oktober 2016 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zollarif.

Diese Vorschriften sind in den Sprachen der aktuellen Mitgliedstaaten verfügbar – z. B. auf dem Internet unter EU-Gesetzgebung.

Die EU-Zolltarife und Ein- und Ausfuhrbeschränkungen können unter folgendem Link abgerufen werden: [TARIC Consultation](#)

Statistik hinsichtlich innergemeinschaftlichem Handel (Intrastat)

Die EU-Gesetzgebung schreibt für Unternehmen hinsichtlich der innergemeinschaftlichen Beförderung von Waren bestimmte Pflichten vor. Für die Zwecke der gemeinschaftlichen Handelspolitik müssen die Handelsbewegungen zwischen den Mitgliedstaaten statistisch verfolgt werden. Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit innergemeinschaftlicher Handel ist und deren Umsatz eine bestimmte Grenze überschreitet, sind verpflichtet, Berichte für die innergemeinschaftliche Handelsstatistik, d. h. Intrastat, auszufüllen.

Mehrwertsteuer

Wie oben erwähnt, kommen Zollabgaben und weitere Ein- und Ausfuhrgebühren im Fall des innergemeinschaftlichen Handels nicht zur Anwendung – sofern sich die Ware im freien Warenverkehr befindet.

Dies betrifft allerdings nicht die Mehrwertsteuer (MwSt.). Die MwSt.-Gesetzgebung richtet sich nach nationalen Vorschriften der einzelnen Länder, wobei sie die übliche EG-MwSt.-Richtlinie zur Anwendung bringt. MwSt. stellt eine Einkommensquelle für ihre Staats- sowie EU-Haushalte dar.

Im Prinzip finden die nachfolgenden Allgemeinregeln Anwendung: MwSt. wird bei grenzüberschreitenden Warenlieferungen zwischen zwei MwSt.-Zählern nach dem „Bestimmungslandprinzip“ berechnet, d. h. keine MwSt. ist durch den Lieferanten zu berechnen, er ist allerdings berechtigt, die MwSt. abzuziehen, die für lieferbezogene Anschaffungen bezahlt wurde. Der Lieferant muss in der Lage sein nachzuweisen, dass die Ware in einen anderen EU-Mitgliedstaat versendet wurde. Auf der anderen Seite muss der MwSt.-Zahler, der den innergemeinschaftlichen Erwerb von Waren durchführt, die MwSt. nachweisen, indem er den Steuerschuldumkehr-Mechanismus gemäß den MwSt.-Regeln und Tarifen, die in dem Land der Anschaffung gelten, verwendet. Beide Partner eines solchen Geschäfts müssen diese Transaktionen in ihren MwSt.-Aufzeichnungen, in ihrer Umsatzsteuererklärung und in anderen relevanten Einreichungen aufweisen (z. B. EG-Lieferscheine für Ware und Dienstleistungen, die in andere EU-Mitgliedstaaten geliefert und geboten wurden, sowie Intrastat-Meldungen für innergemeinschaftliche Warenbewegung, und zwar beides nur in elektronischer Form), damit die Steuer- und Zollbehörden in der Lage sind, sie zu kontrollieren. In der Tschechischen Republik unterliegen die meisten Waren und Dienstleistungen einer MwSt. von 21 %, außer Lebensmitteln, Arzneien, Büchern usw., bei denen ein MwSt.-Satz von 15 % erhoben wird. Um ein tschechischer MwSt.-Zahler zu werden, muss man sich als MwSt.-Zahler registrieren. In einigen Situationen können die Unternehmen automatisch nach Gesetz MwSt.-Zahler werden. Ausländische Gesellschaften können als MwSt.-Zahler registriert werden, auch wenn sie über keine Niederlassung (entweder einen Sitz oder eine feste Niederlassung) in der Tschechischen Republik verfügen.

Die EU – ein einziges Zollgebiet (Beispiel)

Da die EU als ein einziges Zollgebiet betrachtet wird, können die nachfolgenden Situationen entstehen:

Wenn beispielsweise amerikanische Ware nach Tschechien über den Hamburger Hafen transportiert wird, hat der tschechische Importeur zwei Möglichkeiten. Entweder deklariert er die Ware zur Zollabfertigung beim Hamburger Zollamt (d. h. dass die Einfuhrabgabe und die MwSt. in Deutschland deklariert werden) oder das Hamburger Zollamt kann die Ware ins Transitverfahren (T1-Transiterklärung) freigeben, wobei die Ware anschließend von einem bestimmten tschechischen Zollamt für den freien Warenverkehr freigegeben wird (d. h. das Zoll und die Einfuhr-MwSt. werden in der Tschechischen Republik deklariert).

Ausfuhr-Zollverfahren können auch entweder von einem tschechischen Zollamt oder, in bestimmten Fällen, von einem Zollamt eines anderen Mitgliedstaates ausgeführt werden. Auf jeden Fall muss ausgeführte Ware das EU-Gebiet über ein Grenzzollamt verlassen (z. B. das lettische Zollamt an der Grenze zur Russischen Föderation).

Selbstverständlich kann die Aus- und Einfuhr von Unternehmen in Mitgliedstaaten, in denen diese nicht für die MwSt. registriert sind, für diese Unternehmen in diesen Ländern nachteilige Auswirkungen haben (z. B. Pflicht der MwSt.-Registrierung sowie Erfüllung von zusammenhängenden Meldepflichten).

Vorzugsvereinbarungen

Mit vielen Ländern hat die EU Freihandelsabkommen abgeschlossen. Daher ist es beim Handel mit Drittländern ratsam, sich zu erkundigen, ob nicht Vorzugszoll (reduzierter Zoll) anwendbar ist.

Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO – Authorized Economic Operator)

Als Teil eines koordinierten Ansatzes zur Absicherung des internationalen Handels hat die EU neue Verfahren eingeleitet, um die Sicherheit von Beschaffungsketten zu verbessern. Die Änderungen werden fast jedes Unternehmen, das Ware in oder aus der EU kauft, verkauft oder befördert, betreffen. Mit dem AEO-System wurde ein EU-weites Akkreditationsverfahren eingeführt. Die Erlangung des AEO-Status kann den Unternehmen helfen, verschiedene Befreiungen und Vereinfachungen bei dem Zollabfertigungs-verfahren zu erreichen. Nach dieser neuen Gesetzgebung, die am 01.05.2016 in Kraft trat, ist die Bedeutung des AEO-Status deutlich gestiegen.

Pre-arrival / Pre-departure Declarations (Ein- bzw. Ausfuhrerklärung im Voraus)

Seit 2009 ist jeder verpflichtet, die Unterlagen bei der Ein- bzw. Ausfuhr der Ware im Voraus vorzulegen, um den Import und Export der Ware zu beschleunigen. Das bedeutet, dass Händler und Spediteure die Zollbehörde im Voraus in elektronischer Form über Ware informieren müssen, die sie auf EU-Gebiet einführen bzw. daraus ausführen wollen.